

zufrieden gewesen. Er legte danach seine Hoffnung in die Totalrevision. Cyrill Büchel meinte noch, die Regierung könnte den Vorschlag ein weiteres Mal prüfen. Eine Antwort blieb aus. Die anderen Anregungen von Cyrill Büchel aus der ersten Lesungen lehnte man kurz ab. Die weiteren Abstimmungen, inklusive der dritten Lesung, verliefen einhellig.³⁶⁷

Fazit

Die Teuerungsanpassung von 1976 verlief einvernehmlich und markierte einen vorläufigen Schlusspunkt der Konflikte der letzten Jahre. Cyrill Büchel und Johann Beck betrieben aktive Opposition, zeichneten eigene Vorschläge, kritisierten, stimmten aber letztendlich durchwegs für die Regierungsvorlage. Der Regierungschef ging lange und ausführlich auf die Kritiken ein. Eine Kommission berief man nicht ein.

Thematisch kamen wieder vermehrt Themen aus den 60er Jahren in den Diskurs: die Steuergerechtigkeit zwischen Selbständigen und Unselbständigen, die Ehegattenbesteuerung, die Totalrevision mit der allgemeinen Einkommenssteuer und vor allem die Progression. Das Thema Progression bearbeitete vor allem Johann Beck, als Vertreter der Arbeiterverbandes. Seine Drohung setzte er nicht um. Beck übernahm die Bezeichnung der ‚kalten Progression‘ aus dem Bericht der Regierung. Er wurde danach im Landtag immer wieder verwendet. Die Geschäftsordnung thematisierte man am Rande. Man hielt die Diskussion in Grenzen, auch dadurch, dass man immer wieder auf die Zielsetzung der Vorlage der Teuerungsanpassung berief.

7.5.9 Fazit

Veränderungen, Verhandlungen und Konflikte waren Teil der öffentlichen Diskussionen im Landtag der 70er Jahre. Die Auseinandersetzungen im Parlament verschärfen sich im Zeichen des neuen Finanzausgleichs, der dem Wahlsieg der VU vorausgegangen war. Es folgte eine starke Opposition der FPÖ und ein weiterer Regierungswechsel 1974. Man musste den Diskurs mehrmals neu verhandeln. Davon zeugen die Auseinandersetzung um die Geschäftsordnung als auch die Kompromisse nach den verlorenen Volksabstimmungen. Die Zustimmung der Opposition schien notwendig geworden zu sein. Der Staat verlor fiskalpolitischen Spielraum. Die Steuerdebatte von 1975 bezeugt diese Veränderung. Ein Jahr später schien die Steuerdebatte die klassische Form der 60er und 50er Jahre zurückzugewinnen mit ihren bekannten Themen der Steuergerechtigkeit und der Progression.

³⁶⁷ Ltp vom 20/21.12.76, S. 787-791.